

**Nach der Rezession 2003 konjunkturelle Erholung in den Jahren 2004 und 2005. Die Geldpolitik stimuliert zunächst weiter, während die Finanzpolitik heuer etwa konjunkturneutral und im kommenden Jahr restriktiv wirkt. Die bremsenden Einflüsse der Dollar-Abwertung lassen etwas nach. Weitere integrationspolitische Annäherung an die EU auf der Kippe. Sehr geringer Preisanstieg. 2004 im weiteren Verlauf allmähliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor sehr hohe Überschüsse der Leistungsbilanz. Umstellung der Schweizerischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.**

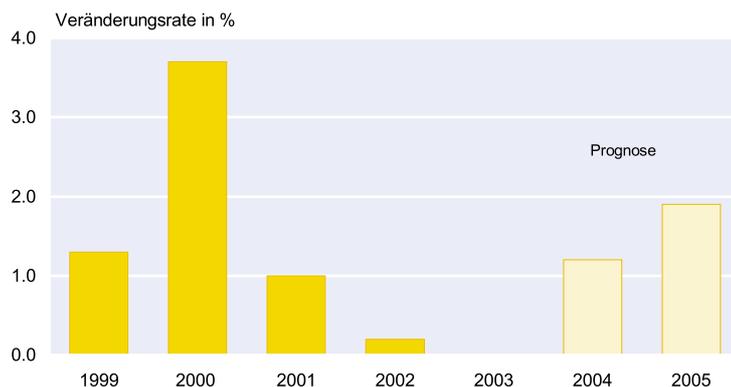
Das **politische und soziale Umfeld** hat mit den Wahlen zum Nationalrat (Bundesparlament), dem Ständerat (Länderkammer) und der Bestellung einer neuen Regierung (Bundesrat) Veränderungen erfahren, die in weite Bereiche des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft hinein und vermutlich weit über die jetzt anlauende Legislaturperiode hinaus wirken dürften. Der bisherige Hang zu gemächlichen konsensualen Veränderungen scheint einer Periode des rascheren Wandels zu weichen, begleitet von schärferer politischer und sozialer Polarisierung.

Sowohl im Parlament wie in der Länderkammer führten die **Wahlen vom Herbst 2003** zu einer deutlichen Stärkung des rechten und linken Spektrums zulasten der politischen Mitte. Das ist das Ende der seit 1959 bestehenden Stabilität der politischen Kräfte und bedeutet einen **Wandel im parlamentarischen Raum**. Die tradierte Praxis konsensualer Lösungen wird künftig erschwert oder gar unmöglich, und Blockaden aller Art werden häufiger. Mit eindrucksvollen 55 (+ 11) Sitzen im 200-köpfigen Nationalrat setzte die rechtsgerichtete Schweizerische Volkspartei (SVP) ihren langen Aufstieg fort und überrundete sogar die vordem führenden Sozialdemokraten (SPS), die um 1 auf 52 Mandate zulegen. Auch die Grünen (GPS), mit denen die SPS künftig enger zusammenarbeiten will, gewannen (+ 5 auf 13 Mandate). Dafür mussten die Mittelparteien kräftig Federn lassen. So stellen die jahrzehntelang dominierenden Freisinnigen (FDP) nur noch 36 Abgeordnete (- 7), die katholisch-konservativ geprägte Christliche Volkspartei (CVP) schrumpfte ebenfalls um 7 auf 28 und die Liberalen um 2 auf 6 Abgeordnete. Ähnlich fiel das Resultat der Ständeratswahlen aus, womit die Umschichtung im bürgerlichen Lager einmal mehr evident

wurde. Als eigentlicher Verlierer der Wahlen gilt die schon seit längerem schwächlich wirkende, personell und programmatisch von der SVP vorzugsweise attackierte, jahrzehntelang für die bürgerliche Mitte stehende FDP.

Die aus den Abgeordneten von Nationalrat und Ständerat gebildete Vereinigte Bundesversammlung, in der die SVP vor der SPS die meisten Sitze innehatte, wählte im Dezember 2003 den **Bundesrat** (Bundesregierung). Dabei bleibt es bei sieben Ministern. Aber die CVP musste einen Kabinettsposten an die SVP abgeben, womit die seit 1959 gebräuchliche »Zauberformel« (je zwei Minister von der SP, der FDP und der CVP sowie einer von der SVP) eine interne Verschiebung erfuhr. Damit wird den neuen Kräfteverhältnissen im Nationalrat entsprochen, wie sie sich aus den Wahlen im Herbst ergeben hatten. Damit haben sich die politischen Gewichte auch im Kabinett nach rechts verschoben, bedingt durch die neuen Bundesräte Blocher (SVP) und Merz (FDP), der ebenfalls dieser Richtung zuzurechnen ist. Das Regieren wird damit nicht leichter, ob-

## Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Schweizerische Nationalbank; Prognose des ifo Instituts.

wohl jedes Regierungsmitglied gemeinsame Beschlüsse mit zu tragen hat. Strukturbrüche sind indes nicht zu befürchten. Denn es hat sich immer wieder gezeigt, dass abrupte Schwenks der Regierung im Wege des Referendums gestoppt werden. Die Grundrichtung vor allem in der Finanz-, der Sozial- und Asylpolitik dürfte jetzt aber spürbar nach rechts tendieren. Damit dürfte sich die soziale Schere im Lande weiter öffnen; derzeit haben etwa ein Zehntel der Bevölkerung deutlich mehr Geld als zu Beginn der neunziger Jahre, zwei Drittel aber weniger und ca. 850 000 von 7,3 Mill. Menschen leben in einer finanziell prekären Situation.

**Wirtschaftspolitisch** ist ein stärker neoliberal ausgerichteter Kurs zu erwarten. Das gilt vor allem für die Finanzpolitik, wo die Konsolidierung des Bundeshaushalts und der Sozialversicherung mittels Leistungseinschränkungen und ohne Steuererhöhungen, möglichst aber bei gleichzeitigen Steuersenkungen zu erwarten ist. Das betrifft auch den Abbau der umfangreichen Subventionen. Die Nagelprobe hierfür kommt schon jetzt, wenn es gilt, die Fluglinie Swiss, die Nachfolgerin des 2001 in Konkurs gegangenen einst international hoch renommierten Luftfahrtunternehmens Swissair, mittels zusätzlicher Staatsmittel vor dem drohenden Bankrott zu retten. Integrationspolitisch könnte es mit dem EU-Gegner Blocher zu einer auf Distanz bedachten, mehr nationalistischen Linie kommen. Dies, obwohl im heutigen Europa nationale Interessen am besten durch die Mitwirkung bei der europäischen Integration gewahrt werden.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um  $2\frac{1}{4}\%$ . In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um  $\frac{3}{4}\%$  zu; im Euroraum erhöhte es sich um  $\frac{1}{2}\%$ , und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt etwa 29 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 14%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2002 in einer Größenordnung von  $4\frac{1}{4}\%$  expandiert.

In der **Schweiz** verlief die konjunkturelle Entwicklung noch ungünstiger als im übrigen Westeuropa. Der im vierten Quartal 2002 begonnene allmähliche Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion setzte sich bis in den Sommer

hinein fort. Wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch bremsten der Konflikt im Irak, die ausgeprägte Verteuerung des Rohöls, abstürzende Aktienkurse, die Lungenkrankheit SARS sowie der im Jahresdurchschnitt immer noch überhöhte reale Wechselkurs des Franken. Nach der Jahresmitte hat – ersten vorläufigen Berechnungen zufolge, die meist spürbar revidiert werden – eine von der Entwicklung der Klimaindikatoren nicht abgesicherte Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion eingesetzt, begünstigt durch steigende Aktienkurse, gesunkenen Ölpreis, Abwertung des Franken gegenüber dem Euro und die weiter anziehende Weltkonjunktur. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte gegenüber 2002 bei kräftigem Lagerabbau um  $\frac{1}{4}\%$  gesunken sein – nach den Niederlanden und Portugal die schlechteste Wirtschaftsleistung in Europa. Dabei wirkten Geld- und Finanzpolitik sowie die reale und nominale Abwertung des Franken (wobei die Abwertung gegenüber dem Euro und anderen westeuropäischen Währungen die Aufwertung gegenüber den Währungen des Dollar-Raums deutlich überkompensierte) anregend. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen setzte sich fort. Bei den Bauinvestitionen verlangsamte sich der Rückgang kaum. Der Wohnungsbau nahm weiter ab, und der öffentliche Hochbau brach geradezu ein; allerdings zogen die Ausrüstungsinvestitionen überraschend an. Der private Konsum blieb sehr moderat, aber stetig aufwärts gerichtet, während der öffentliche Verbrauch nur noch wenig ausgeweitet wurde. Der Export ging infolge des deutlichen Anstiegs im zweiten Halbjahr nicht mehr zurück; der Leistungsbilanzüberschuss blieb sehr hoch. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt  $3\frac{3}{4}\%$ ) wurde spürbar schlechter. Die Verbraucherpreise stiegen wie zuvor schon, mit 0,6% gegenüber dem Vorjahr, sehr verhalten.

Der **private Konsum** expandierte um  $\frac{1}{2}\%$ , hat also seinen seit Mitte 2001 schleppenden Anstieg fortgesetzt. Dieser beschleunigte sich jedoch leicht, ganz im Gegensatz zu dem auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobenen Konsumklima, welches sich bis in den Frühherbst hinein weiter deutlich verschlechterte, vor allem als Reflex der deutlich ungünstigeren Lage auf dem Arbeitsmarkt. Langlebige (Automobile) sowie hochwertige (Uhren, Schmuck) Gebrauchsgüter wurde weniger nachgefragt. Die Sparquote erhöhte sich etwas. Bei verlangsamtem Lohnanstieg, gleich bleibender Inflationsrate und rückläufiger Beschäftigung haben die primären Einkommen der privaten Haushalte gegenüber 2002 etwa stagniert. Da jedoch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 2,5% verringert und die Sozialversicherungsleistungen dem zweijährigen Turnus entsprechend heraufgesetzt wurden, ergab sich real doch noch ein Plus. Der **öffentliche Verbrauch** (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) wurde deutlich verlangsamt ausgeweitet, was jedoch eine Verschärfung der öffentlichen Finanzlage nicht verhindern konnte. Gegenüber 2002 nahm er um  $\frac{3}{4}\%$  zu.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind mit reichlich 2% etwas weniger ausgeprägt als 2002 zurückgegangen. Die stetig und deutlich gesunkene Auslastung der industriellen Kapazitäten ist im vergangenen Herbst auf den Stand der Rezession in den frühen neunziger Jahren zurückgefallen und dürfte damit ihren Tiefpunkt erreicht haben. Seitdem weist auch der von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der ETH Zürich auf der Basis von Unternehmensbefragungen erhobene Indikator für das Geschäftsklima in der verarbeitenden Industrie nach oben. Insgesamt war die Ertragslage gedrückt, obwohl die Zinsen gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken sind; die Langfristzinsen dürften ihren unteren Wendepunkt indes durchschritten haben. Die Abschwächung der Rezession resultiert teilweise aus dem langsameren Rückgang des Wohnungsbaus. Zwar wurde großer, qualitativ hochwertiger und ruhig gelegener Wohnraum weiter lebhaft nachgefragt, doch drückten Realeinkommensentwicklung und konjunkturelle Unsicherheit auf den Bau weniger anspruchsvoller Bauten. Der öffentliche Bau (hierauf entfallen ca. 45% des Bauvolumens) wurde infolge zunehmend angespannter Finanzlage im öffentlichen Bereich mit Ausnahme der großen Verkehrsprojekte (NEAT etc.) stark eingeschränkt; beim öffentlichen Hochbau halbierte sich das Volumen annähernd. Der industrielle Bau ist geradezu eingebrochen. Das ist mit auf die seit dem vierten Quartal 2002 zu beobachtende Rezession der Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen, die erst ab der Jahresmitte von einer Belebung abgelöst wurde. Auch in Büro- und Geschäftsbauten wurde erheblich weniger investiert als Reaktion auf die gesunkene Nachfrage. So erhöhte sich die leer stehende Bürofläche auf zuletzt reichlich 10% des Bestandes.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen sank im Vorjahresvergleich nochmals (um rund 1%), als Folge der schwachen Konjunktur vor allem bei wichtigen europäischen Abnehmern, obwohl sich der Franken real wie nominal abgewertet hat. Zwar war auch hier die Aufwertung gegenüber den Währungen des Dollarraumes anhaltend und kräftig, doch setzte sich – was schwerer wog – die seit Anfang 2003 zu beobachtende reale Abwertung gegenüber dem Euro und anderen westeuropäischen Valuten bis in den Herbst hinein fort. Erstmals seit dem Rezessionsjahr 1991 wurden alle wichtigen Ausfuhrkategorien von dem Ausfuhrückgang erfasst. Auch die Einnahmen aus dem Ausländertourismus (er belief sich 2002 auf 8,5% der Export- und Dienstleistungsausfuhren) sanken erneut kräftig, hauptsächlich bedingt durch den Irak-Konflikt, die Lungenkrankheit SARS und den immer noch hoch bewerteten Franken. Da der **Import** jedoch mit schrumpfender Inlandsnachfrage stärker abnahm, als die Ausfuhr stieg das Aktivum der **Leistungsbilanz** etwas auf eine Größenordnung

von 9 1/2% des BIP, obwohl Exporteure teilweise erhebliche Preiszugeständnisse in heimischer Währung machen mussten, was zu einem Sinken der Ausfuhrpreise führte.

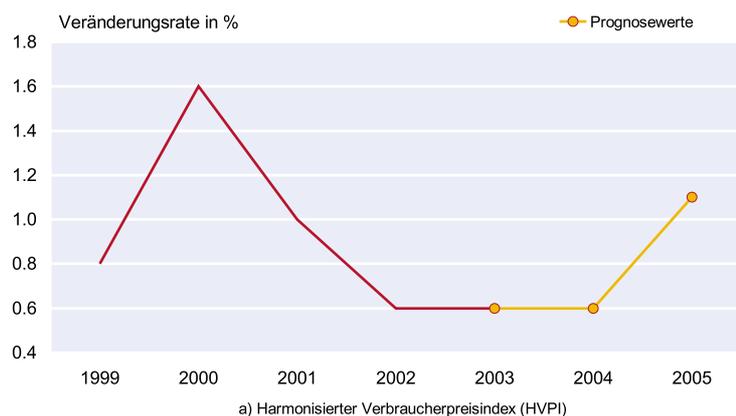
Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage stetig bis in den Herbst hinein. Bei um 1 1/2% geschrumpfter Beschäftigung und gestiegener Arbeitslosigkeit erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 3,7% – im westeuropäischen Vergleich ist das immer noch sehr wenig.

Die **Konsumentenpreise** sind tendenziell sehr schwach gestiegen; während die Preise importierter Waren und Dienstleistung gegenüber 2002 annähernd stabil blieben, haben sich inländische Produkte und Dienste langsam verteuert. Im Jahresdurchschnitt lagen die Verbraucherpreise um 0,6% über dem Niveau von 2002; 0,1 Prozentpunkt entfielen auf Anhebungen von Tabaksteuer, Radio- und TV-Gebühren, Posttarifen etc. Unterdurchschnittlich erhöhten sich dank des gesunkenen Hypothekarzinsniveaus die Wohnungsmieten, während öffentliche Dienstleistungen überdurchschnittlich teurer wurden.

### Wirtschaftspolitik

Auf die Konjunktur gehen von der Wirtschaftspolitik auch 2004 und 2005 unterschiedliche und gegenläufige Einflüsse aus. Insgesamt ist zunächst mit einer annähernd neutralen, im kommenden Jahr jedoch leicht restriktiven Ausrichtung zu rechnen. So dürfte die Finanzpolitik nach expansiver Wirkung 2003 bereits heuer leicht und 2005 stärker bremsen. Die Geldpolitik bleibt 2004 deutlich expansiv, wenn auch mit langsam nachlassender Intensität. 2005 dürfte sie insgesamt etwa neutral sein. Die Lohnpolitik wird ihre vorjährige Zurückhaltung nach und nach lockern. Der steigende handelsgewichtete Wechselkurs des Franken dürfte die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im laufenden Jahr und 2005 hemmen. Integrationspolitisch stehen die wichti-

Konsumentenpreise <sup>a)</sup>



Quelle: Schweizerische Nationalbank; Prognose des ifo Instituts.

gen Vertragspakete mit der EU, »Bilaterale I« und »Bilaterale II«, auf der Kippe.

Die **Geldpolitik** bleibt – wie auch die Europäische Zentralbank – bei ihrem Ziel, den Anstieg der Verbraucherpreise längerfristig unter 2% zu halten. Steuerungsinstrument der Schweizerischen Nationalbank ist ein Zielband von meist einem Prozentpunkt um den Dreimonats-Libor, wobei in der Regel der Mittelwert angestrebt wird. Dieses wurde von März 2001 (3 bis 4%) bis März 2003 auf 0 bis 3/4% herabgesetzt, wobei die Schweizerische Nationalbank einen Zins im unteren Bereich anstrebt; seit September liegt dieser bei 1/4% – ein gefährlich niedriger Satz, denn damit hat die Zentralbank ihren Spielraum für monetäre Lockerungen zumindest bezüglich der Zinshöhe praktisch ausgeschöpft. Es wurde also ein deutlich expansiver Kurs eingeschlagen, wobei am Geldmarkt die Zinsdifferenz zum Ausland im Verlauf gesunken ist. Die Lockerung erscheint angesichts der schwachen Konjunktur, des geringen Preisauftriebs, der kräftigen Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar und dem um die als »Schmerzgrenze« empfundenen 1,46 SFR oszillierenden Wechselkurs zum Euro – seit Mitte 2003 liegt er konstant spürbar darunter – angebracht. Dies, obwohl die Ausweitung der Geldmenge M3 im Vorjahresvergleich während des Jahres von 5,7 auf etwa 10% gestiegen ist; hier wie überall verbirgt sich in diesem Aggregat allerdings viel Anlage suchendes Kapital, das bei höheren Zinsen und steigenden Aktienkursen umgeschichtet wird. Die konjunkturstimulierende Wirkung der Geldpolitik erreicht um die Jahreswende 2003/2004 ihren Höhepunkt und flaut im laufenden Jahr allmählich ab. 2005 dürfte die Geldpolitik etwa neutral wirken. Die Schweizerische Nationalbank wird vermutlich im Zuge des sich festigenden konjunkturellen Aufschwungs in losem Schulterschluss mit der Europäischen Zentralbank und in dem Bemühen, die Parität zum Euro stabil zu halten oder etwas zu drücken, die Zinsen vorsichtig erhöhen; für die EZB wird angenommen, dass sie ihren Leitzins im zweiten Halbjahr 2004 zu erhöhen beginnt.

Seit der **Bargeldeinführung des Euro** nimmt dessen Verbreitung in der Schweiz ständig zu, doch kann von einer Parallelwährung noch keine Rede sein. Auch außerhalb der Touristengebiete, wo der Euro fast durchgehend als Zahlungsmittel angenommen wird, erhöht sich die Akzeptanz. So nehmen die meisten Unternehmen Euro an, geben als Rückgeld aber ganz überwiegend Franken. Knapp ein Fünftel der Unternehmen (meist exportorientierte) bezahlen auch ihre inländischen Lieferanten mit Euro. In Euro ausbezahlte Löhne, vor allem an ausländische Kräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe, bleiben noch lange Ausnahmen.

Eine **Bindung des Frankenkurses an den Euro**, etwa im Wege des Beitritts zum Europäischen Währungssystem II, erscheint unter den neuen politischen Verhältnissen auf lange Zeit ausgeschlossen. Aus der Schweizerischen Natio-

nalbank verlautete indes beiläufig, dass ein solcher Schritt im Gegensatz zu früheren Stellungnahmen keine wesentlichen negativen Einflüsse auf die schweizerische Volkswirtschaft hätte.

Die **Finanzpolitik** dürfte unter den veränderten politischen Umständen zumindest auf Bundesebene schneller und stärker als geplant zum Konsolidierungskurs zurückkehren, wobei das Schwergewicht bei Ausgabenabstrichen gerade auch im sozialen Bereich liegen wird. Ferner will sich der Bund ohnehin von verschiedenen Aufgaben zurückziehen. Eine weitere Erhöhung des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Hand auf eine Größenordnung von 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% des BIP mit leicht restriktiven Wirkungen auf die Konjunktur ist im Jahre 2004 trotz der auf 1 Mrd. SFR erhöhten Ausschüttung der Zentralbank nicht zu vermeiden, da bei konjunkturbedingt schwachen Steuereinnahmen keine adäquate Kürzung der Ausgaben möglich ist, wie es gemäß dem Postulat des Wirkenslassens der automatischen Stabilisatoren ja auch sein soll; 2003 war der Rückgang der Steuereinnahmen wesentlich auf das Wegbrechen der Erträge aus Finanztransaktionen zurückzuführen. Damit dürften die Schulden der öffentlichen Hand zumindest 2004 weiter steigen, nachdem sie 2001 bei 51% des BIP gelegen hatten. Erst 2005 ist mit einer deutlich restriktiven Linie zu rechnen, zumal bei Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen 2004 insgesamt eine deutliche Verschlechterung der Finanzlage absehbar ist. Seitens der Kantone und Gemeinden werden teilweise erhebliche Kürzungen diskutiert oder wurden bereits beschlossen. Bei Rentenversicherung (AHV) und Arbeitslosenversicherung sind in die gleiche Richtung zielende Revisionen vorgesehen; welche Widerstände dabei erwachsen können, zeigt sich u.a. darin, dass gegen die erst vom Bundesrat und noch nicht einmal vom Parlament beschlossene 11. AHV-Revision bereits ein Referendum angedroht wurde. Demgegenüber wird das von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Pensionisten gleichermaßen zu finanzierende Sanierungskonzept für die rund 9 000 ganz überwiegend mit Unterdeckungen kämpfenden betrieblichen Pensionskassen ab 2004 greifen. Auf Bundesebene wurde bereits ein Sparprogramm von 3,3 Mrd. SFR bis 2006 verabschiedet. Ein weiteres soll den Haushalt ab 2007 um zusätzliche 2,5 Mrd. SFR entlasten. Es ist zu erwarten, dass diese Vorgaben mittels zusätzlicher Maßnahmen übertroffen werden.

Die **Lohnpolitik** stand bisher ganz unter dem Eindruck der rezessiven Wirtschaftsentwicklung, der gedrückten Ertragslage der Unternehmen sowie der deutlich verschlechterten Arbeitsmarktlage. Die Nominalloohnerhöhungen dürften heuer auf 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% sinken und 2004 sowie 2005 allmählich wieder zunehmen. Überdurchschnittlich schlechter gestellt werden die zahlreichen erfolgsabhängig entlohnten Beschäftigten, bei denen sich die unbefriedigende Ertragslage der Unternehmen im Jahre 2003 erst heuer auswirkt.

**Integrationspolitisch** wird das von einer engen gegenseitigen Verzahnung geprägte Verhältnis zur EU im Zuge ihrer Vertiefung und Erweiterung zwar weiterhin laufend angepasst und intensiviert. Allerdings stehen mit der neuen politischen Konstellation die mit der EU noch nicht abschließend verhandelte »Bilaterale II« zur Disposition sowie die in Umsetzung begriffene »Bilaterale I«; bei letzterer will die Schweiz die mit der EU-15 vereinbarte Personenfreizügigkeit nicht auf die ab Mai 2004 zehn neuen EU-Mitglieder ausweiten. Es ist also wieder alles in der Schwebe. Von der 1992 beantragten Mitgliedschaft in der EU will man nicht mehr viel wissen, und es gibt vermehrt Stimmen, die eine Annullierung des Antrags befürworten. Unlängst wurde eine solche von der Außenpolitischen Kommission des Ständerats (APK) nur knapp abgelehnt, obwohl dessen Mehrheit den seinerzeitigen Schritt als Fehler bezeichnete. Doch wolle man vermeiden, mit einem Rückzug des Beitrittsgesuchs falsche Signale an die EU und die Beitrittsländer zu geben. Weitgehend umgesetzt wird jedoch das 1999 unterzeichnete und Mitte 2002 wirksam gewordene Sieben-Punkte-Abkommen mit der EU, die sog. Bilaterale I, womit man sich sehr viel näher gekommen ist, als zu Beginn der neunziger Jahre möglich erschien. Es hat den gegenseitigen Land- und Luftverkehr, Technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Forschung, Landwirtschaft und den freien Personenverkehr zum Inhalt, wobei letzterer gefährdet ist, da die Schweiz dessen Übertragung auf die (ab 2004) zehn neuen EU-Mitglieder verweigert. Darüber hinaus hat 2002 eine neue Verhandlungsrunde (»Bilaterale II«) begonnen, deren erstes Paket aus vier Dossiers – Betrugsbekämpfung, Umwelt, Statistik, verarbeitete Landwirtschaftliche Produkte – umfasst. Ein zweites weitaus strittigeres, aus sechs Dossiers bestehendes Paket beinhaltet u.a. einen Schweizer Beitrag zu den EU-Kohäsions- und Strukturfonds (Norwegen leistet bereits einen solchen Zuschuss), der rundweg abgelehnt wird, sowie ein Beitritt zum Schengen-Abkommen mit dem auch Rechtshilfe-Vorschriften verbunden sind, und die Besteuerung von Zinsen der Kapitalien, welche EU-Bürger in der Schweiz »schwarz« angelegt haben. Dieser Punkt ist, wie die meisten anderen auch, bereits verhandelt, womit das Bankgeheimnis und die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz – er trägt rund 12% zur Bruttowertschöpfung bei – gerettet werden konnten. Regierung und Parlament sind seit den letzten Wahlen sehr viel europaskeptischer geworden. Integrationspolitisch ist damit eine brisante Situation entstanden. Denn die beiden Bilateralen können nur jeweils gesamthaft (sog. Parallelismus) und nicht nach Dossiers getrennt verabschiedet oder verworfen werden. Sollten die Gespräche also an irgendeinem Punkt scheitern, dann käme die »Guillotine-Klausel« zur Anwendung, welche auch die »Bilaterale I« außer Kraft setzt. Darüber hinaus kann die Bilaterale II, sollte sie denn vereinbart werden, noch per Referendum gekippt werden. Bei der großen Bedeutung dieser Vertragspakete für die Schweiz ist jedoch kaum mit dem Äußersten zu rechnen. Aber man wird lang-

samer und teilweise mit bescheideneren Resultaten vorankommen, als man das noch vor kurzem erwartet durfte. Doch wird sich auch die neue Bundesregierung zumindest auf absehbare Zeit nicht dazu entschließen, das Gesuch zum Beitritt zur EU zurückzuziehen.

### Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 2% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. In **Westeuropa** und der EU und im Euroraum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; in Deutschland expandiert es um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 29 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9% ausgeweitet werden.

Was die Entwicklung von Nachfrage und Produktion betrifft, wird die **Schweiz** weiter hinter den meisten westeuropäischen Ländern herhinken, nachdem sie schon in den achtziger und neunziger Jahren diesbezüglich das Schlusslicht gewesen war. Doch von der strukturellen, nicht nur mit dem Wechselkurs des Franken zu erklärenden Wachstumsschwäche abgesehen, steht sie im westeuropäischen Vergleich gut da, egal welches »magische Vieleck« man bemüht. Die angestrebten Reformen – vor allem Einschnitte ins soziale Netz, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Liberalisierungen, Entstaatlichungen und die damit verbundene Steigerung des chronisch niedrigen Produktivitätsfortschritts – werden trotz der gewandelten politischen Verhältnisse nicht schlagartig, sondern Schritt für Schritt beschlossen und umgesetzt, so dass im laufenden Jahr hiervon kaum ansatzweise wachstumsstärkende Wirkungen zu erwarten sind. Die weiter an Dynamik gewinnende konjunkturelle Erholung – auf die auch die Klimaindikatoren hindeuten – wird vornehmlich vom Export getragen, stimuliert von der lebhaft expandierenden Weltwirtschaft und den schwächeren Bremswirkungen der Aufwertung des Franken. Die hiervon auf die Inlandsnachfrage ausgehenden Impulse, werden indes recht beschränkt sein. Doch weisen nach Jahren alle großen Aggregate wieder ein positives Vorzeichen auf. Dies gilt weiterhin für den privaten Verbrauch, der etwas stärker als 2003 ausgeweitet wird. Nach dreijähriger Rezession expandieren aber auch die Bruttoanlageinvestitionen wieder, da erheblich mehr in Ausrüstungen investiert wird. Der Staatsverbrauch wird hingegen im Verlauf kaum und im Vergleich zum Vorjahr nochmals abgeschwächt expandieren. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte bei seit längerem erstmals wieder

steigenden Lagerbeständen um 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zunehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, stets mit größerer Verzögerung auf gesamtwirtschaftliche Veränderungsrate reagierend, verschlechtert sich zunächst nur noch wenig. Anschließend stagniert die Beschäftigung annähernd; die Arbeitslosenquote dürfte im Verlauf sinken und im Jahresdurchschnitt wieder bei im westeuropäischen Vergleich sehr niedrigen 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% liegen. Verhalten zunehmende Inlandsnachfrage, geringe Lohn-erhöhungen, fortgesetzte Sparanstrengungen von Unternehmen und öffentlicher Hand sowie stabile oder nur wenig steigende Importpreise verhindern inflationäre Spannungen. Die Konsumentenpreise dürften wieder um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% über dem Niveau des Vorjahres liegen. Das Aktivum der Leistungsbilanz hält sich auf der Größenordnung des Vorjahres.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (+ 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%), die sich bereits Ende vorigen Jahres spürbar belebt hatte, beschleunigt sich im Verlauf des Jahres stetig, aber nicht sehr stark, stimuliert vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung im Allgemeinen und der deutlichen konjunkturellen Erholung in Europa im Besonderen. Leicht bremsend wirken die weitere Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar und sein Schwanken um die Marke von 1,55 Franken pro Euro, was gegenüber 2003 einer leichten Aufwertung entspricht, bedingt durch Zins- und Preisdifferenzen. Da sich in Westeuropa (Anteil am Warenexport 2002: ca. 60%) die Investitionskonjunktur im Verlauf des Jahres erholt, sind deutliche Impulse für die mit rund einem Drittel die Ausfuhr tragenden Lieferungen von Maschinen, Apparaten, Elektronik und Präzisionsinstrumenten abzusehen. Die Einnahmen aus dem Ausländertourismus gehen infolge der schwachen Konsumzunahme in Westeuropa, dem hohen Frankenkurs sowie der terrorismusbedingten Angst potentieller Besucher aus anderen Regionen nochmals zurück. Die **Einfuhr** nimmt etwa im Rhythmus des Exports zu. Besonders lebhaft expandiert der für den Export benötigte Import von Rohstof-

fen, Produktionsgütern und fertigen Komponenten. Bei etwas verbesserten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** einen Überschuss in der Größenordnung von 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% des BIP ausweisen.

Der **private Konsum** expandiert um etwa 1%. Im Verlauf bedeutet das eine allmähliche Ausweitung. Die Reallöhne erhöhen sich schwach, und die Beschäftigung stagniert annähernd. Die Sparquote dürfte stabil bleiben oder im Zuge der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage etwas sinken. Und der mit steigenden Aktienkursen verbundene Vermögenseffekt korreliert im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern und zuletzt auch zu den Niederlanden nicht nennenswert mit dem Verbraucherverhalten, zumal für viele Aktienbesitzer die während der letzten Aktienbaisse eingetretenen Verluste noch nicht aufgeholt sind. Konsumstützend dürfte die allmähliche Verbesserung der Ertragslage bei Unternehmern und Selbständigen zu Buche schlagen. Für den Absatz langlebiger Verbrauchsgüter verheißt die Konsumententwicklung aber noch keine größeren Lichtblicke, zumal der Wohnungsbau nur sehr langsam zunimmt. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte mit 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Zuge der verstärkten Sparanstrengungen noch etwas langsamer expandieren als zuvor.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften aus der langen Rezession herausfinden und um reichlich 1% ausgeweitet werden. Getragen wird diese Verbesserung hauptsächlich von den Ausrüstungsinvestitionen. Spürbar günstiger werden die Absatzaussichten im Export, verbesserte Ertragslage, allmählich steigende Auslastung der Kapazitäten und niedrige Zinsen (obwohl die langfristigen Zinsen allmählich aufwärts weisen) regen die Investitionsbereitschaft an. Auch ist nach dreijähriger Rezession, während der die Ausrüstungsinvestitionen um reichlich 15% zurückgefahren worden waren, erheblicher Nachholbedarf entstanden. Dieser

#### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002 <sup>a)</sup>	2003 <sup>b)</sup> OECD <sup>e)</sup>	2004 <sup>b)</sup>			2005 <sup>b)</sup>	
			KOF <sup>c)</sup>	BAK <sup>d)</sup>	OECD <sup>e)</sup>	KOF <sup>c)</sup>	OECD <sup>e)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,5	0,9	1,3	1,2	1,2	1,8
Inlandsnachfrage	n.a.	-1,4	0,6	n.a.	1,3	1,1	2,0
Privater Verbrauch	0,7	0,4	0,6	0,9	1,2	0,8	1,8
Staatsverbrauch	0,8	0,9	0,5	0,5	0,4	0,6	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-6,1	-2,1	0,8	-0,1	0,6	2,2	3,0
Exporte <sup>f)</sup>	-0,5	-0,5	4,0	3,0	3,8	4,4	5,9
Importe <sup>f)</sup>	-3,1	-2,4	4,6	3,7	4,4	5,1	6,5
Industrieproduktion (ohne Bau)	-1,8	-1,1	0,3	n.a.	n.a.	0,9	n.a.
Konsumentenpreise	0,6	0,6	0,6	0,7	0,3	1,0	0,2
Arbeitslosenquote	2,5	3,9	4,3	3,8	3,9	4,5	3,6
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>g)</sup>	9,2	9,4	9,4	n.a.	8,9	9,5	9,2
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	-0,2	-2,0	-1,7	n.a.	n.a.	-2,5	n.a.

<sup>a)</sup> Vorläufige amtliche Werte gemäß der 2003 revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – <sup>b)</sup> Schätzungen. – <sup>c)</sup> Konjunkturforschungsstelle an der ETH, Zürich, vom Oktober 2003. – <sup>d)</sup> BAK Basel Economics, Basel, vom November 2003. – <sup>e)</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom November 2003. – <sup>f)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>g)</sup> In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

wird nun allmählich gedeckt. Auch laufen die vom immer noch hohen Wechselkurs des Franken erzwungenen lebhaften Rationalisierungsinvestitionen weiter. Zu Erweiterungsinvestitionen kommt es hingegen erst ansatzweise. Damit tendiert der industriell-gewerbliche Bau weiter zur Schwäche, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie zuvor. Dies umso mehr, als die noch auf absehbare Zeit mit reichlich 10% der Gesamtläche sehr hohen Leerstände bei Büroraum, welche mit dem kräftigen Stellenabbau im IT- und Medienbereich sowie im Finanzwesen entstanden sind, auf den Markt drücken. Der öffentliche Bau leidet unter den Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand besonders stark, als erfahrungsgemäß in Zeiten auf Sparsamkeit gerichteter Haushaltsführung zuerst bei den relativ flexibel handhabbaren Investitionen Einschränkungen erfolgen. Dies gilt jedoch nicht für die großen laufenden Vorhaben in die Eisenbahn-Verkehrsinfrastruktur (z.B. Neue Alpentransversale NEAT), die damit weiter stabilisieren wirken. Der Wohnungsbau erholt sich langsam. Hierfür spricht auch die seit dem zweiten Quartal 2003 erhöhte Zahl der Baugenehmigungen. Stimulierend wirken niedrige Zinsen, das ab Oktober 2003 geltende Wohnraumförderungsgesetz und die Aufhellung der Konjunkturperspektiven. Auch bleibt die Nachfrage nach großen, gut ausgestatteten Wohnungen in ruhiger Lage lebhaft. Und der Modernisierungsbedarf des zunehmend überalterten Althausbestandes macht sich langsam bemerkbar. Bremsend – aber das ist ein strukturelles Problem – wirken die sehr hohen Grundstückspreise in den Agglomerationen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verbessert sich die Lage im weiteren Verlauf des Jahres allmählich, auch weil die Erholung der Bauwirtschaft weitergeht und die Produktivitätsfortschritte in diesem stark segmentierten Sektor gering sind. Die Beschäftigung dürfte zunächst weiter sinken und anschließend etwa stagnieren. Industrie und einige Dienstleistungsbereiche rationalisieren immer noch Stellen weg oder verlagern Tätigkeiten ins Ausland. Zudem funktioniert die Ausländerbeschäftigung im Gegensatz noch zu den achtziger Jahren jetzt sehr viel weniger als Arbeitsmarktventil. Doch wenn im zweiten Halbjahr die gesamtwirtschaftliche Erholung an Kontur zu gewinnt, setzt sich eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage durch. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt wieder bei 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% liegen.

Die Preisentwicklung bleibt spannungsfrei und sehr schwach aufwärts gerichtet. So ist die konjunkturelle Erholung zu wenig dynamisch, als dass sich die Gewinnmargen in größerem Umfang ausweiten ließen. Auch steigen die Lohnstückkosten nur sehr verhalten und noch etwas langsamer als zuvor. Seitens der Importpreise lässt die stabilisierende Wirkung bei anhaltend hohen Ölpreisen, deutlicher Verteuerung von Industrierohstoffen und langsamerer Aufwertung des Franken erheblich nach. Die **Konsumentenpreise** dürften erneut um 1/2% über dem Niveau des Vorjahres liegen.

## Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 4%. In **Westeuropa** und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%; im Euroraum und in Deutschland expandiert es nur wenig schwächer. Der Importpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt etwa 29 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% ausgeweitet werden.

In der **Schweiz** setzt sich die konjunkturelle Erholung fort, wenn auch nicht sehr dynamisch. Mit einer Zunahme des **realen Bruttoinlandsprodukts** um rund 2% wird das Land weiterhin bezüglich des Wirtschaftswachstums das europäische Schlusslicht sein. Allerdings haben nun endgültig die zyklischen Kräfte die Oberhand, denn von der Wirtschaftspolitik kommen keine Impulse mehr. Die von der nun etwas beherzteren Liberalisierung, Deregulierung und Entstaatlichung erwartete Stärkung der Wachstumskräfte ist erst ansatzweise spürbar, wirkt auf den privaten Verbrauch teilweise sogar retardierend. Das gleiche gilt für die fortgesetzte Höherbewertung des Franken gegenüber dem US-Dollar. Gleichwohl ist es wieder die Ausfuhr, von der die kräftigsten Anstöße auf das Wirtschaftswachstum ausgehen; da der Import in etwa gleichem Tempo zunimmt, ergibt sich ein gegenüber den Vorjahren wenig veränderter Überschuss der Leistungsbilanz. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhen sich trotz langsam steigender Zinsen deutlich, im Wesentlichen getragen von den Ausrüstungsinvestitionen, während die öffentlichen Bauinvestitionen sogar deutlich sinken könnten im Zuge forcierter Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Aus dem gleichen Grunde ist beim öffentlichen Verbrauch ein geringes Plus abzusehen. Der private **Konsum** wird etwas stärker aufwärts gerichtet sein als zuvor, was mit den langsam steigenden Reallöhnen und der sehr verhaltenen Besserung auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt) zusammenhängt. Die Preise erhöhen sich etwas rascher; die Lebenshaltungskosten dürften um etwa 1% über dem Niveau von 2004 liegen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 6%) wird bis weit in das Jahr hinein beschleunigt zunehmen. Obwohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch die weitere Aufwertung des Franken gegenüber den Währungen des Dollarraumes weiter gefährdet ist, gehen von dem weltwirtschaftlichen Aufschwung kräftige Impulse aus, zumal jetzt überall die Ausrüstungsinvestitionen kräftig zunehmen

– eine Entwicklung, von der die hierauf mit hochwertigen Produkten in hohem Grade spezialisierte schweizer Industrie besonders profitieren wird. Das gilt auch für die Lieferungen nach Europa, wo die sich weiter kräftigende Konjunktur in wachsendem Maße von den Investitionen getragen wird. Aber nicht nur die Warenexporte, auch der Ausländertourismus spürt infolge des günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeldes wieder Aufwind, wenn auch wegen des hoch bewerteten Franken nicht allzu stark. Bei etwas stärker als die Ausfuhr steigenden **Importen** und wenig veränderten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** wieder einen Überschuss in einer Größenordnung ausweisen, die in Relation zum BIP  $9\frac{1}{2}\%$  beträgt.

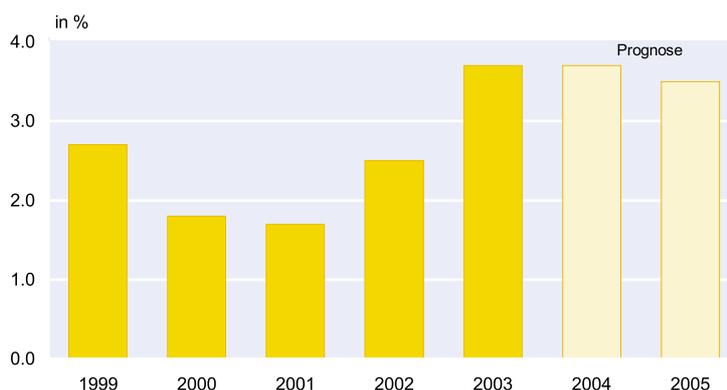
Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften trotz leicht aufwärts tendierender Zinsen um ca. 3% expandieren. Deutlich lebhafter erhöhen sich die Ausrüstungsinvestitionen, stimuliert durch besserer Erträge, günstigere Absatz- und Ertragsaussichten, steigende Kapazitätsauslastung, weitere Deckung des während der Jahre 2001/2003 entstandenen beträchtlichen Nachholbedarfs auch auf dem Gebiet der IT-Installationen sowie zunehmender Kapazitätserweiterungen. Letzteres gibt dem industriell-gewerblichen Bau allmählich Impulse, wiewohl dieser immer noch an den – wenn auch mit sinkender Tendenz – beträchtlichen Leerständen bei Bürogebäuden und Ladenlokalen krankt. Der Wohnungsbau weist ebenfalls aufwärts, obwohl die Hypothekenzinsen ihr Tief hinter sich haben. Nach wie vor bleiben neue Objekte in guter Qualität und ruhiger Lage lebhaft gesucht. Aber auch in den übrigen Sparten wird wieder mehr investiert. Das gilt besonders für die bei vielen Altbauten überfälligen Renovierungen. Für den öffentlichen Bau muss infolge der von Bund, Kantonen und Gemeinden verstärkt fortgesetzten Haushaltskonsolidierung eine ungünstige Prognose gestellt werden. Auf allen Gebieten, besonders aber bei Infrastrukturinvestitionen wird gespart. Dieser Kurs ist nicht unbedenklich. Denn erstens besteht jetzt schon in manchen Bereichen ein Nachholbedarf, und zweitens zeigt das Beispiel Großbritanniens, dass man mit einer derartigen Politik zwar mittelfristig erhebliche Konsolidierungserfolge erzielen kann, sich nach geraumer Zeit jedoch dem Problem einer desolaten öffentlichen baulichen Infrastruktur gegenüber sieht.

Der **private Konsum** ( $+ 1\frac{3}{4}\%$ ) gewinnt allmählich an Dynamik. Die Reallohne erhöhen sich nicht wesentlich schneller als bisher, also immer noch recht langsam. Allerdings erhöhen sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen spürbar rascher als zuvor. Die Beschäftigung nimmt schwach zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt langsam. Die Sparquote dürfte stagnieren oder sogar etwas steigen. Denn das Konsumklima wird vermutlich unter der auch mittelfristig zu vermu-

tenden Verlagerung finanzieller Lasten (auch in Form von Subventionskürzungen aller Art) und sonstiger Verantwortlichkeiten von der öffentlichen Hand und der Sozialversicherung hin zu den privaten Haushalten leiden. Der Absatz langlebiger Güter wird sich gleichwohl erholen, bedingt durch den zunehmenden Wohnungsbau und den Nachholbedarf bei Automobilkäufen. Der **öffentliche Verbrauch** ( $+ 1\frac{1}{2}\%$ ) nimmt infolge der fortschreitenden Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wiederum sehr schlep-pend zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage weiter, wenn auch langsam. Die Beschäftigung steigt sehr verhalten, und die Arbeitslosigkeit geht zögernd zurück. Jene Dienstleistungsbereiche, die noch bis zum Beginn des laufenden Jahrzehnts durch kräftige Aufstockung ihres Personalbestandes für Anspannungen gesorgt und nach dem Platzen von New Economy- und Aktienspekulationsblase hauptsächlich zur derzeitigen Verschlechterung der Situation beigetragen haben, werden per saldo nur zögerlich neu einstellen. Die Industrie dürfte den Produktionsanstieg durch vermehrte Überstunden und Hebung von Produktivitätsreserven ohne nennenswerte Personalausweitung bewältigen können. Und der öffentliche Dienst steht personalpolitisch eher unter verschärftem Sparzwang. Im Jahresdurchschnitt dürfte die **Arbeitslosenquote** mit  $3\frac{1}{2}\%$  nur wenig niedriger als 2004 liegen.

Der Preisanstieg wird sehr moderat sein, obwohl er im Zuge der konjunkturellen Erholung etwas dynamischer sein wird als in den Jahren zuvor. Zwar gehen von den Lohnstückkosten keine inflationären Impulse aus. Aber die Importpreise stabilisieren kaum noch, die Zinsen steigen (was qua Bindung der Mieten an die Hypothekenzinsen umgehend auf die Wohnkosten durchschlägt), die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dürfte auch höhere Gebühren, Abgaben und Versicherungsprämien mit sich bringen, und

**Arbeitslosenquote**

Quelle: Schweizerische Nationalbank; Prognose des ifo Instituts.

die lebhaftere Nachfrageentwicklung ermöglicht verschiedentlich eine Ausweitung der Gewinnmargen. Die **Konsumentenpreise** dürften um ca. 1% über dem Niveau von 2004 liegen.

Ende 2002 wurden die Resultate der auf das **Europäische Schema ESGV 95 umgestellten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung** veröffentlicht. Demgemäß ist das jährliche Wirtschaftswachstum von 1990 bis 2002 im Durchschnitt um 0,2% stärker gewesen als bisher ausgewiesen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. So wurden z.B. neue Käufe von Computer Software nicht mehr als Vorleistung, sondern als Investition verbucht, die nun auch bei den Abschreibungen berücksichtigt wurde. Auf außenwirtschaftlichem Gebiet kamen teilweise neue Preisindizes zur Anwendung, und Versicherungsleistungen wurden neu bewertet. Das neue Schema weist zudem eine geringere – 39,2% statt 40,2% – Staatsquote aus, rechnet die öffentlichen Krankenhäuser ebenso dem privaten Sektor zu wie die privaten Pensionskassen, der Krankenversicherungen sowie die Suva.

Abgeschlossen am 7. Januar 2004